

ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

61 Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung

Beteiligt:

32 Amt für öffentliche Sicherheit, Verkehr und Personenstandswesen
66 Fachbereich Planen und Bauen für Grün, Straßen und Brücken
67 Fachbereich Grünanlagen-Straßenbetrieb
69 Umweltamt

Betreff:

Lärmaktionsplan für Hagen

Beratungsfolge:

23.11.2010 Bezirksvertretung Hagen-Mitte
24.11.2010 Bezirksvertretung Haspe
01.12.2010 Bezirksvertretung Hagen-Nord
02.12.2010 Bezirksvertretung Eilpe/Dahl
08.12.2010 Bezirksvertretung Hohenlimburg
09.12.2010 Umweltausschuss
14.12.2010 Stadtentwicklungsausschuss
16.12.2010 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

1. Der Lärmaktionsplan für Hagen der Stufe I wird beschlossen.
2. Der Lärmaktionsplan für Hagen wird im Internet bekanntgemacht und veröffentlicht.

Die Umsetzung erfolgt sofort.

Kurzfassung

Mit dem vorliegenden Lärmaktionsplan erfüllt die Stadt Hagen ihre Verpflichtung als zuständige Behörde, Maßnahmen zur Verringerung des Verkehrslärms (hier: an innerörtlichen Bundes- und Landesstraßen) einzuleiten. Die Liste der geprüften und vorgeschlagenen Maßnahmen enthält sowohl realisierte, bereits konkret geplante als auch im Einzelfall noch zu prüfende Maßnahmen auch im Rahmen ständiger Aufgaben (Straßenunterhaltung).

Begründung

Vorlauf und Verfahrensstand

Mit Beschluss vom 04.09.2008 hat der Rat die Verwaltung mit der Aufstellung eines Lärmaktionsplans für Hagen auf der Grundlage der geltenden gesetzlichen Bestimmungen der Europäischen Union sowie des Bundes beauftragt. Im Rahmen dieser Beschlussfassung wurde der Rat umfassend und detailliert über die Ergebnisse der vorausgegangenen (Verkehrs-) Lärmkartierung unterrichtet.

Die (EU-)Mitgliedstaaten sind gehalten, über die Aufstellung und Umsetzung von Lärmaktionsplänen der Städte und Gemeinden (zuständige Behörden) der EU-Kommission zu berichten. Nur etwa ein Drittel der NRW-Kommunen hat bisher Lärmaktionspläne erstellt, mehr als 100 (u. a. Hagen) haben den per Erlass festgesetzten Termin um mehr als zwei Jahre überschritten.

Das zuständige Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW hat nun den säumigen Städten und Gemeinden eine Frist bis zum **15.12.2010** gesetzt, ihm eine Zusammenfassung des Lärmaktionsplans gemäß EU-Richtlinie zuzusenden. Diese formalisierte und auf ca. 10 Seiten gebündelte Zusammenfassung ist als Anlage dieser Beschlussvorlage beigelegt.

Der vorliegende Lärmaktionsplan für Hagen basiert auf einer detaillierten Auswertung der Kartierung verkehrsbedingter Lärmimmissionen an den Hauptverkehrswegen und erfüllt die Mindestanforderungen für Aktionspläne gemäß Anhang V der EU-Umgebungslärmrichtlinie.

Von einer Beteiligung der Träger öffentlicher Belange wird mit Ausnahme des Eisenbahn-Bundesamtes (Schienenstrecken) und des Landesbetriebes Straßen NRW (Fernstraßen außerorts) wegen fehlender Betroffenheit abgesehen. Die Veröffentlichung des Lärmaktionsplans im Internet sowie der Versand der Zusammenfassung an das Land erfolgen unmittelbar nach Beschlussfassung.

Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen (Stichwort „lärmmindernder Asphalt“) muss im Einzelfall im Rahmen § 82 GO vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der

Stadt Hagen auf Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Unmittelbare finanzielle Auswirkungen aus diesem Lärmaktionsplan ergeben sich daher nicht.

Der Versand des Lärmaktionsplans an das zuständige Landesministerium sowie seine Veröffentlichung erfolgen unmittelbar nach Beschlussfassung.

Anlagen:

Lärmaktionsplan für Hagen;

Anlagen zum Lärmaktionsplan (9);

Zusammenfassung Lärmaktionsplan für Hagen

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister**Gesehen:**_____
Stadtkämmerer_____
Stadtsyndikus_____
Beigeordnete/r**Amt/Eigenbetrieb:**

- 61 Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung
- 32 Amt für öffentliche Sicherheit, Verkehr und
 Personenstandswesen
- 66 Fachbereich Planen und Bauen für Grün, Straßen und
 Brücken
- 67 Fachbereich Grünanlagen-Straßenbetrieb
- 69 Umweltamt

Gegenzeichnen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:**Amt/Eigenbetrieb:****Anzahl:**
